



VAdM-Kurier

23. Ausgabe: Juni 2021

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
23. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im Juni 2021

Inhalt:

editorial	Seite 1
Rückzug aus Afghanistan	Seite 1
Pressemitteilung: Meinungsfreiheit	Seite 2
Pressemitteilung: Dokumentationszentrum Flucht . . .	Seite 2
Kulturarbeit, aber normal	Seite 3
Buchvorstellung: „Unhaltbare Zustände“	Seite 3
Völkermord an den Herero und Nama	Seite 4
Die Reichsgründung 1871 (Teil 4)	Seite 5
Die Weltwirtschaftskrise in den Donauländern (Schluß)	Seite 7
René Rilke als Heimatdichter (Teil 1)	Seite 8
Verschiedenes/Hoh(I)spiegel/ Impressum	Seite 12

editorial

Fußball soll ja ‚die schönste Nebensache der Welt‘ sein; das mag ja bei einer Welt- oder Kontinental-Meisterschaft von einer ‚Mannschaft‘ nicht unbedingt so ganz wörtlich genommen werden. Die deutsche Nationalelf hat sich aber zusehends mit dämlichen Sprüchen und Gesten von der Politik vereinnahmen lassen.

Fakt ist, daß die Regenorgien der letzten Wochen auch den einen oder anderen Regenbogen über Deutschland entstehen ließen. In den Medien kursieren dagegen Befürchtungen, in denen in Frankreich und Polen die politische ‚Regenbogenmoral‘ schon als ein neuer deutscher Sonderweg gesehen wird.

Das ‚Dokumentationszentrums Flucht Vertreibung Versöhnung‘ hat vor ein paar Tagen in Berlin eröffnet: Wir hoffen auf eine Vertiefung der komplexen Problematik und einen unverkrampften Diskurs

Vadim Derksen

Herbert Karl

Rückzug aus Afghanistan: Imperiale Politik, Gotteskrieger und ein „schwarzer Afghane“

Am letzten Junitag anno 2021 zog sich die Bundeswehr, während die deutsche Fußballwelt im Wembley-Fieber lag, klamm und heimlich aus Afghanistan zurück. Um es gleich offen zu sagen: Der Abzug der deutschen Soldaten ist zu begrüßen. Er war überfällig und er wird kein Ruhmesblatt ‚westlicher‘ Politik im Allgemeinen und speziell deutscher Außenpolitik werden.

Beim Einmarsch der Amerikaner in Afghanistan vermeinte man, wie der markige Spruch: ‚Deutschland wird am Hindukusch verteidigt‘. Der Einmarsch erfolgte genauso unüberlegt wie der Abzug. Wenn man in Washington und Berlin einen kurzen Blick auf die Geschichte dieses faszinierenden Landes geworfen hätte, wäre man zum Schluß gekommen, daß dies mit einer militärischen und diplomatischen Niederlage enden mußte: Alle Imperien des 19. und 20. Jahrhunderts zogen sich mit blutigen Nasen aus dem Land der Paschtunen zurück. (Näheres darüber auf unserer Hausseite).

Der offizielle Auftrag der Afghanistan-Mission lautete: Terrorbekämpfung und die Ausschaltung von Al-Kaida. Um dem Ganzen einen demokratischen Anstrich zu geben, wollte man die Afghanen mit westlichen Werten: Menschenrechte, Demokratie etc. beglücken. Dabei sind diese Stammesverbände immer auch ohne westliches oder sonstiges Einmischen von außen mit Institution ihrer ‚Loja Dschirga‘ (Große Versammlung) immer zu Recht und Ausgleich gekommen.

Der Hindukusch (‚Hindu-Mörder‘) ist eines der zerklüfteten und rauhesten Gebirgen der Erde und hat seinen Namen davon, daß die aus dem Süden Kommenden dieses Klima nicht lange ertragen konnten. Die Gletscher und Gebirgsbäche bewässerten seit Jahrtausenden die heißen und trockenen Täler: Hier gedeihen neben den süßesten Trauben Asiens auch der Mohn: Ausgangsprodukt des von westlichen Kiffern hochgeschätzten ‚schwarzen Afghanen‘. Die Einkünfte dieses Geschäftsmodells ermöglicht noch immer den Clans und Gotteskriegern, ihre Waffenkäufe zu bestreiten.

Für dieses bezaubernde Land stellt sich nun die Frage: Wie geht es weiter in dem vom Westen hinterlassenen imperialen Machtvakuum? Die Regionalmächte Pakistan und Indien, aber auch Rotchina – allesamt Nuklearmächte – werden ihren Einfluß geltendmachen: Hier ist die ‚westliche Allianz‘ sehr gut beraten, auf die Genannten mäßigend einzuwirken und die Russische (Kon)Föderation mit ins Boot zu nehmen.

Joana Cotar: „Wie mit der Meinungsfreiheit umgegangen wird, ist eine Schande!“

07. Mai 2021

+++ Pressemitteilung +++

Unter dem Titel „Meinungsfreiheit schützen, Zensur verhindern – Debattenkultur bewahren“ hat die AfD heute eine Aktuelle Stunde im Bundestag veranlasst. Grund sind die zunehmenden massiven Angriffe auf die Meinungsfreiheit in fast allen gesellschaftlichen Bereichen des Landes.

Dazu Joana Cotar, Mitglied im Bundesvorstand und digitalpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Bundestag:

„Der Börsenverein des deutschen Buchhandels hat jüngst den 3. bis 10. Mai zur Woche der Meinungsfreiheit erklärt. Tatsächlich brauchen wir das Recht, angstfrei und offen unsere Meinung sagen zu können, nicht nur eine Woche lang, sondern 365 Tage im Jahr. So sieht es das Grundgesetz auch vor. Doch was in unserer Demokratie selbstverständlich sein müsste, ist es de facto nicht mehr: 78 Prozent der Deutschen stimmten zuletzt bei einer Umfrage des Allensbach-Institutes der Aussage zu, man könne seine Meinung zu bestimmten Themen nicht oder nur mit Vorsicht frei äußern. Das ist eine Schande! Wer das vermeintlich Falsche sagt, schreibt oder auch nur bei Facebook und Co. mit einem ‚like‘ versieht, muss mit Arbeitsplatzverlust, Mobbing und sozialer Ächtung rechnen. Manchmal rücken auch die Gewalttäter von der Antifa an.

Politik, Teile der Medien und andere selbsternannte Meinungspolizisten fällen das Urteil. Beispiele gibt es genug, und täglich werden es mehr. Ein Arzt, der mit der ‚allesdichtmachen‘-Kampagne in Verbindung gebracht wurde, soll seinen Mietvertrag verlieren – denunziert hat ihn ausgerechnet eine Mitarbeiterin der SPD-Bundestagsfraktion. Betroffen sind auch Richter, die das falsche Urteil fällen, Professoren, die an die Freiheit der Wissenschaft glauben, oder Schauspieler, die es wagen, der Regierungspolitik satirisch den Spiegel vorzuhalten. All dies fügt unserer Demokratie schwersten Schaden zu. Die Freiheit ist schnell verloren, aber nur schwer wiederzuerlangen. Die AfD tritt dafür ein, dass es wieder ganz normal wird, die eigene Meinung auszusprechen: In den sozialen Medien, in der Schule, an der Uni, am Arbeitsplatz – wo auch immer sich die Bürger dieses Landes austauschen möchten.“

Pressestelle Alternative für Deutschland

[Bundesgeschäftsstelle](#)

AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

Ihre Stimme im Landtag Rheinland-Pfalz

+++ Pressemitteilung +++

Zur Eröffnung des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin:

Rheinland-pfälzische AfD wird auch weiterhin an geflüchtete Deutsche erinnern

Das mehr als zwei Jahrzehnte lang zum Teil heftig diskutierte „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin wird am 21. Juni nun endlich eröffnet. Martin Louis Schmidt, AfD-Kulturpolitiker und Sprecher für Vertriebenenfragen, Aussiedler und deutsche Minderheiten, kommentiert: „Diese außerordentlich wichtige Einrichtung in der Stresemannstraße unweit der einstigen innerdeutschen Mauer wurde vor allem von Erika Steinbach auf den Weg gebracht, der heutigen Vorsitzenden der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung. Sie dient der länderübergreifenden Bewusstmachung der fatalen Geschichte von Massenvertreibungen im 20. Jahrhundert. Nicht zuletzt erinnert das Zentrum gegen Vertreibungen an das brutale Schicksal und die bis heute fortwirkenden Folgen des erzwungenen Heimatverlusts von rund 14 Millionen Deutschen aus den historischen Ostprovinzen sowie anderen traditionellen Siedlungsgebieten im ostmittel- und südosteuropäischen Raum am Ende des Zweiten Weltkriegs.“

Schmidt betont: „Die rheinland-pfälzische AfD-Fraktion unternimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles, um das Geschichts- und Kulturerbe beispielsweise der zahlreichen donauschwäbischen Fluchtopfer aus dem einstigen Jugoslawien auch in unserem Bundesland wachzuhalten und zu würdigen. Vor diesem Hintergrund werden wir uns weiterhin für eine institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen (BdV) sowie einen landeseigenen alljährlichen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung stark machen.“

Martin Louis Schmidt, MdL ist Sprecher für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten der AfD-Fraktion Rheinland-Pfalz

www.martin-louis-schmidt.de

Kulturarbeit, aber normal!

Am letzten Freitag, dem 25. Juni 2021, wurde im Deutschen Bundestag über den „Bericht zur Förderung der Kulturarbeit nach dem Bundesvertriebenengesetz (Bundestagsdrucksache 19/30790) debattiert: Von den Rednern der Regierungskoalition wurde dieser Bericht, wie auch die Eröffnung des „Dokumentationszentrum Flucht Vertreibung Versöhnung“ über den grünen Klee gelobt.

Auch wenn diese, von Frau Erika Steinbach angefachte Initiative drohte in den Niederungen der bundesdeutschen Politik unterzugehen, ist es begrüßenswert, daß wenigstens etwas noch an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Mitteleuropa erinnert (siehe oben zitierte Pressemitteilung aus der AfD-Fraktion im Mainzer Landtag).

Wie ambivalent, ja, geradezu verlogen die Vertriebenenpolitik der Union ist, kann man in einem älteren Leserbrief im Mai-Kurier nachlesen. Es werden handverlesene Parteifunktionäre mit finanziellen Mitteln für „Kulturarbeit“ betraut: Das alles riecht nach Wahlkampf und Volksverdummung.

Wenn man den Vertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern – ich komme mir bei unseren Ermahnungen und Wiederholungen schon etwas komisch vor – wirklich helfen wollte, hätte man, die, auch von den erwähnten Funktionären geforderte, Rentengerechtigkeit auch in Form einer „Anerkennungsrente“ gegen die Widerstände aus dem linken Parteienspektrum durchgesetzt.

Die Kulturarbeit, die zeit- und materialintensive „Graswurzelarbeit“ vor Ort – und hier spreche ich nicht nur diejenige in Osteuropa an – überläßt man der sogenannten *Zivilgesellschaft*; diese muß schauen, wie sie ohne finanzielle Beihilfen zurecht kommt: Eine Passage aus einem eben erhaltenen Leserbrief: Man kommt sich vor, wie am

„Ende der Welt. Von Aktivitäten deutscher Stellen ist in ganz Polen weit und breit nichts zu sehen. Infotafeln und Ausstellungen, Ortsnamen, Land- und Straßenkarten sind stets in Englisch und Polnisch gehalten, kaum je in Deutsch. Nun ja, mit Ausnahme manches Mal der Speisekarten in Restaurants.“

Dies wirft aber einen langen Schatten in der Abenddämmerung auf die vielgelobte europäische Integration, aber auch auf die Effektivität unionsgesteuerter „Kulturarbeit“: Die Frage sei erlaubt: Fördert die BRD nicht die falschen „Kulturschaffenden“ im Allgemeinen und die trügerischen Kultureinrichtungen der Vertriebenen im Besonderen?

Herbert Karl

Buchvorstellung

Kallina, Bernd **Unhaltbare Zustände!**

Interviews & Beiträge im deutschen Interesse.

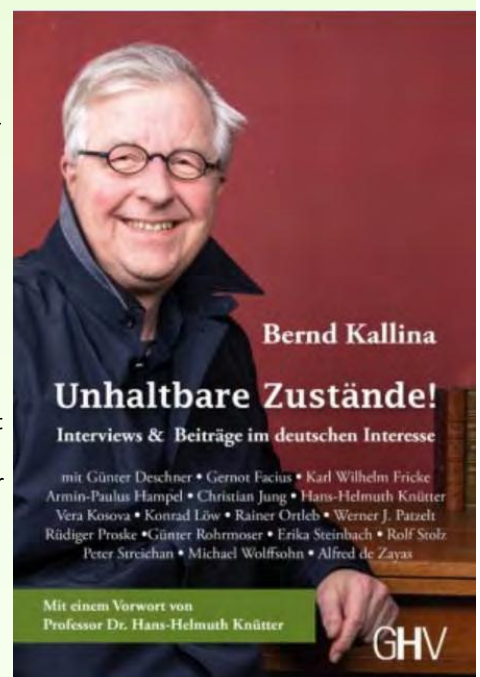
Broschiert, 240 Seiten, 14,8 x 21 cm, 300 gr, in deutscher Sprache.

2021, Hess Verlag. ISBN: 978-3-87336-708-1

16,99 EUR

Das Hamburger Links-Magazin „KONKRET“, einst vom DDR-Staatssicherheitsdienst finanziell gefüttert, nannte Bernd Kallina einmal den „Rechtsaußen-Redakteur“ des Deutschlandfunks, was ihn erheiterte, schließlich sei das bei der ideologischen Ausrichtung des Blattes nicht verwunderlich. Auch mit der Schlagzeile des „Neuen Deutschland“, dem einstigen SED-Organ: „Rechtes Mikrofongesicht“ konnte er gut leben. Zielführender bei der politischen Standortbestimmung erscheint ein wichtiger Hinweis aus der Schweiz, nämlich: „Ist es möglich, dass erwachsene Journalisten freiwillig eine Meinung haben, die nicht links ist?“ Diese berechnete Frage, mit Blick auf den überwiegend linken Journalismus in Deutschland, problematisierte der Chefredakteur der Züricher „Weltwoche“, Roger Köppel. „Ja, das ist möglich“, antwortet ihm mit diesem Buch Bernd Kallina und verweist auf seine national-konservativ grundierten Positionen, die er unumwunden als politisch „RECHTS“ verortet. Er sagt: „Schon wegen der provokativen Schärfe, bezeichne ich mich bewusst so, auch um den semantischen Betrug etwas zu konterkarieren, dass „rechts“ gleich „rechtsextrem“ sei, wie sie die mit – inzwischen – Milliarden an Euro finanzierte Dauerkampagne „Kampf gegen Rechts“ behauptet. Politikwissenschaftlich ist diese Agitationsformel genauso eine freche Lüge, wie die Gleichsetzung „von links gleich linksextrem“ eine wäre.“ Hier klar die Gegenposition zu beziehen, sei schon aus Gründen der Ausgewogenheit dringend nötig, denn die meisten von Kallinas Kolleginnen und Kollegen stünden politisch auf der anderen Seite und das spiegelte sich in ihren journalistischen Produkten wider. Allerdings nicht nur in den meinungsfreudigen Kommentaren, wo das unproblematisch wäre, sondern auch in der Auswahl und Gewichtung ihrer Zeitberichterstattung insgesamt. Die Folgen sind brisant, denn: Aus dieser Verzerrung hat sich eine einseitige, linke bis linksextreme Deutungsdominanz entwickelt, der Kallina in unzähligen Interviews und Beiträgen mit seiner abweichenden Grundorientierung journalistisch begegnet ist. Seit Jahrzehnten registriert er mit zunehmendem Befremden, dass zu bestimmten Fragen wie z.B. NS-Vergangenheitsbewältigung, Geschichtspolitik, Energieversorgung, Klimathemen, deutscher Identität, Antisemitismus, illegale Masseneinwanderung und Migration, neuerdings „Rassismus“, Links- oder Rechtsextremismus (wobei ersterer medial fast total ausgeblendet wird) und konservative Studentenverbindungen "erdbbensicher" hauptsächlich links gefärbte Antworten gegeben würden, jedenfalls andere Sichtweisen deutlich unterrepräsentativ waren und sind. Dem stellt Kallina rechte Fragen im deutschen Interesse und Beiträge entgegen, wie sie hier – auszugsweise und beispielhaft – im Buch wiedergegeben sind.

Bernd Kallina, geboren 1950 in Jettingen/Günzburg, absolvierte zunächst eine Lehre als Verlagskaufmann in München. Nach dem Grundwehrdienst in der Pressestelle der 4. Jägerdivision in Regensburg folgte der zweite Bildungsweg über die Münchener Hochschule für Politik (HfP). Neben dem Studium Werkstudent beim C. Bertelsmann-Verlag und Hospitant bei der Tageszeitung „Münchner Merkur“. 1983 Diplom-Politologe mit einer Abschlussarbeit über linksextreme Propaganda-Strategien, Volontariat beim „Donau-Kurier“ 1983/1984 in Ingolstadt. Anschließend Redakteur der Wochenzeitschrift „ZV+ZV“, dem Organ des Deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverlegerverbandes, in Bonn 1984/1985.



Völkermord an den Herero und Nama?

Nun ist es also geschehen. Was seit 2014 von der einen Seite erhofft, von der anderen befürchtet wurde, ist wahr geworden. Eine Befriedung hat es dennoch nicht gegeben. Zwar hat Deutschland den Feldzug des Generals von Trotha gegen die Herero und Nama im Jahr 1904 als Völkermord (Genozid) anerkannt und Entschädigungen – verteilt über 30 Jahre – in Höhe von 1,1 Milliarden Euro zugesagt. Die geschichtsvergessenen Deutschen mögen zufrieden sein, doch Völkerrechtler, auch die anderer Nationen, sind entsetzt. Und die Herero und Nama? Sie sind ebenfalls entsetzt – und zwar über das aus ihrer Sicht völlig unzureichende Angebot der deutschen Seite.

Im Oktober 2016 forderte Herero-Chef Vekuii Rukoro anlässlich eines Aufenthalts in Berlin von Deutschland eine Entschädigung für den „Völkermord“, der in der Zeit der deutschen Kolonialherrschaft über das damalige Deutsch-Südwestafrika (das heutige Namibia) verübt worden sei. Anfang Januar 2017 wurde seine Forderung von weiteren namibischen Volksgruppen unterstützt. Zugleich reichten Vertreter der Volksgruppen der Herero und Nama aus Namibia in New York eine Sammelklage gegen Deutschland ein. In der Klage heißt es, zwischen 1885 und 1903 sei ein Viertel des Landes der Herero und Nama mit Einverständnis der Kolonialbehörden von deutschen Siedlern enteignet worden. Geduldet von den Kolonialbehörden hätten die Siedler Frauen und Mädchen vergewaltigt und der Bevölkerung Zwangsarbeit auferlegt. Bei einem 1904 einsetzenden Aufstand habe der deutsche General Lothar von Trotha einen Vernichtungsfeldzug geführt, in dem 100.000 Herero und Nama getötet worden seien. Die Klageführer geben an, dass sie im Namen „aller Herero und Nama weltweit“ auftreten. Es gehe ihnen um Entschädigung; eine Entschuldigung alleine genüge nicht.

Das Berliner Auswärtige Amt führte seit 2014 mit der Regierung in Windhoek Gespräche über die Aufarbeitung der Greuelthaten. Die Bundesregierung lehnte zunächst Entschädigungszahlungen und unmittelbare Verhandlungen mit den Herero und Nama ab, weil historische Ereignisse erst seit Inkrafttreten der UN-Völkermord-Konvention 1951 als Genozid eingestuft werden könnten. Herero-Chef Vekuii Rukoro und Nama-Chef David Frederick sahen dies aber anders und verlangten außerdem, dass Vertreter ihrer Gruppen in Verhandlungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Namibias einbezogen werden müssten.

Nur wenige Medien berichteten seinerzeit über die Forderungen der Herero und Nama und vor allem über die geschichtlichen Hintergründe. Nur die Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ), das frühere Ostpreußenblatt, veröffentlichte am 11. Januar 2014 in einem sehr informativen Artikel über die Geschehnisse, in dem auch auf die Vorgeschichte, die Massaker an 108 deutschen Siedlern, eingegangen wurde. Diese Massaker, nach heutigen Maßstäben terroristische Aktionen, haben 1904 deutsche Truppen zum Eingreifen bewogen, die nachweislich bei weitem nicht zu den Opferzahlen geführt haben, die von Herero und Nama genannt wurden.

Nachdenklich hätte stimmen müssen, dass die Klage in New York eingereicht wurde. Dass sich die USA selbst als „Weltgerichtshof“ verstehen, ist eine Sache. Insofern dient jede Klageeinreichung in den USA auch dem Ziel, politischen und medialen Druck aufzubauen. Ein wirklich souveräner Staat ließe sich hiervon nicht beeindrucken. Eine andere Sache ist aber, wem eventuelle Reparationsansprüche aus Kriegsereignissen zustehen. Völkerrechtlich ist dies eindeutig – sie stehen dem verletzten Staat und nicht Einzelpersonen, Personengruppen oder auch Personenmehrheiten zu. Zivilrechtliche Klagen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen bzw. schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts haben in der Staatenpraxis bislang jedenfalls keine Anerkennung gefunden. Die in New York eingereichten Klagen mussten nach allen bisher ergangenen vergleichbaren Entscheidungen ins Leere gehen. So geschah es dann auch. Die Klage wurde richtigerweise nicht zur Entscheidung angenommen.

Obwohl dem Feldzug von Trothas Massaker an deutschen Siedlern vorausgingen, obwohl die Opferzahlen weit überhöht dargestellt wurden, obwohl die Übergriffe zweifelsfrei Kriegsverbrechen, aber eben kein (staatlich geplanter) Völkermord waren, obwohl die Kriegsverbrechen von Trothas von höchster Stelle missbilligt wurden, obwohl die völkerrechtliche Beurteilung – auch aus US-amerikanischer Sicht – zweifelsfrei ist, erkannte Deutschland die Geschehnisse als Genozid an und sagte Entschädigungszahlungen zu.

Die Pforten neuer Entschädigungsforderungen gegen Deutschland sind nunmehr geöffnet. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis sich weitere Geschädigtengruppen formieren, um ihrerseits Forderungen geltend zu machen. Wer erinnert sich an den Boxeraufstand in China von 1899 bis 1901 oder den Maji-Maji-Aufstand im Süden Deutsch-Ostafrikas in den Jahren 1905 bis 1907? Den Grünen und den Linken im Deutschen Bundestag sei hiermit ein Hinweis gegeben!

(Fortsetzung S. 5)

(Fortsetzung von S. 4)

Doch es stellt sich eine andere Frage: Wieso werden immer nur Forderungen gegen Deutschland erhoben – wieso nicht gegen Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, die Niederlande, das Osmanische Reich, Belgien, Japan und andere ehemalige Kolonialmächte? Wieso werden die arabischen Staaten niemals wegen des Sklavenhandels, der fest in ihrer Hand war, in die Pflicht genommen? Die Antwort, so meine ich, liegt auf der Hand: Anders als andere Staaten lässt Deutschland sich erpressen. Es genügt ein Hinweis auf die bewussten 12 Jahre.

Doch eben dies sollte uns daran erinnern, dass auch die Deutschen bei und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs leiden mussten. Anders als die Armenier, deren „Völkermord-Anerkennung“ vier Jahre zurückliegt, und nun die Herero und Nama, haben die Deutschen durch Vertreibung und Flucht aus den östlichen Teilen des Deutschen Reichs sowie aus den Siedlungsgebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs nicht nur Leben, Gesundheit und Besitz, sondern auch die Heimat verloren. Mehr als 12 Millionen Menschen sind vertrieben worden, wovon jeder Sechste, also über zwei Millionen Menschen, vorwiegend Frauen, Kinder und Alte, ums Leben gekommen ist. Und diese Vertreibung war zweifellos von den drei Siegermächten und den begünstigten Staaten geplant. Daher wird es höchste Zeit, dass auch die Vertreibung der Deutschen endlich als das bezeichnet wird, was sie in Wahrheit war: Völkermord.

Wer behauptet, es seien Greuelthaten der Nazis vorangegangen, die Vertriebenen seien mithin an ihrem Schicksal selber schuld, irrt, denn es wurden eben nicht (nur) Nazis vertrieben, sondern alle Deutschen oder Volksdeutschen – Ungerechte und Gerechte, doch vor allem: Alte, Mütter und Kinder. Und selbst wenn diese zum Teil nationalsozialistisch eingestellt gewesen sein sollten, würde dies die Vertreibungsgreuel rechtfertigen? Wie gesagt, mehr als 2 Millionen Menschen kamen auf der Flucht ums Leben. Das Völkerrecht ist in dieser Frage eindeutig, denn es schützt die Schwächeren, die Unterlegenen; Sieger brauchen keinen Schutz.

Der Völkerrechtler Alfred-Maurice de Zayas sagt hierzu: „(Es kann nicht richtig sein), dass die Deutschen beziehungsweise die Vertriebenen kein Recht haben, Opfer zu sein, und dass ihres Leidens nicht zu gedenken ist. (Zwar besteht) kein Zweifel daran, dass unter der nationalsozialistischen Besatzung den Völkern Ost- und Zentraleuropas unermessliches und unvergessliches Unrecht zugefügt worden ist. Sie haben daher einen legitimen Anspruch auf Reparation bzw. Wiedergutmachung. Jedoch dürfen legitime Ansprüche nicht durch die Verhängung von Kollektivstrafen auf der Grundlage allgemeiner Diskriminierung und ohne die genaue Untersuchung persönlicher Schuld verwirklicht werden. In den Nürnberger und Tokioter Prozessen wurde das unerlässliche Prinzip persönlicher Haftung für Verbrechen wohlweislich angewandt. Es lohnt sich, die Nürnberger Protokolle und das Nürnberger Urteil in vielerlei Hinsicht noch einmal zu lesen.“

Wilhelm Kreuer

Die Reichsgründung 1871:

Preußische Unionspolitik in den Nachwehen der Revolution von 1848/49

Teil 4

Die letzten Folgen wiesen anhand des Aufkommens des polnischen Nationalgefühls auf die bereits durch die Französische Revolution angefachte Wirkmächtigkeit des *Nationalgedankens*. Die Literatur über die Entdeckung der Nation als Entität füllt zwischenzeitlich Bibliotheken. Daß die Verwirklichung der italienischen und der deutschen nationalen Identität vor erheblichen Schwierigkeiten stand, hing neben der hier besonders ausgeprägten Vielstaaterei auch an der nach wie vor noch vorherrschenden *Reichsidee* zusammen.

Dies sollte sich auch auf die politische Karte nach dem Wiener Kongreß auswirken: Vorreiter der Reichsidee war Österreich: Der Kaiser mußte unter seiner ‚Krone‘ einen Vielvölkerstaat einen: Waren es in Preußen die Polen, die ein sich durch die Revolution von 1848 nur noch beschleunigtes *Nationalbestreben* entwickelten, so waren es in Österreich neben den teilautonomen Ungarn auch Tschechen, Rumänen und das südslawische Völkergemisch, die eine äußerst ambivalente Beziehung zur Krone pflegten. So setzten sich die kaiserlichen Truppen zur Bekämpfung der 1848-er Revolution vorwiegend aus kroatischen, tschechischen und polnischen Truppen zusammen (Freund, S. 607).

Der preußische Kronprinz Wilhelm, der nachmalige preußische König und als Wilhelm I. Deutscher Kaiser kommandierte die gegenrevolutionäre Intervention des Deutschen Bundes in Sachsen, der Rheinpfalz und Baden. In die Pfalz rückten preußische Truppen noch vor dem bayerischen Hilfeersuchen ein; der von dem *polnischen* Revolutionär Franz Sznayde schlecht organisierte revolutionäre Widerstand brach in sich zusammen, Reste der Aufständischen zogen sich über den Rhein nach Baden zurück: Das energische Vorgehen Wilhelms gegen diese brachte ihm den Namen „Kartätschenprinz“ ein (Heinrich Lutz: Zwischen Habsburg und Preußen, 1994, S. 313).

(Fortsetzung S. 6)

(Fortsetzung von S. 5.)

Nachdem sich die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche nach einigen heftigen Wehen auf eine für den Deutschen Bund zu geltende Reichsverfassung – die auch die deutschen Gebiete Österreichs ausschloß – einigte, bot „auf Grund der von ihr beschlossenen, angenommenen und verkündigten Reichsverfassung die in derselben begründete erbliche Kaiserwürde“ König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen an; Der Präsident:

„Möge der deutsche Fürst, der wiederholt und öffentlich in unvergessenen Worten den warmen Herzschlag für die deutsche Sache sein kostbares mütterliches Erbe genannt hat, sich nun als Schutz und Schirm der Einheit, der Freiheit, der Größe unseres Vaterlandes bewähren“ (Freund, S. 628).

Dem zum Kaiser Auserkorenen fehlte das Pathos der Paulskirche: An den Großherzog von Hessen schrieb er, die Nationalversammlung hätte ihm

„eine »Schweinskrone«, eine »Wurstprezel«, die nicht von Gottes Gnaden, sondern von Meister Bäcker und Metzger käme, »ein Halsband von ungegerbtem Leder, womit man mich an die Revolution binden wollte!«, eine Krone, an der »der Ludergeruch der Revolution« haften, ein »Reif aus Dreck und Letten«“ angeboten (Freund, S. 628).

Bei all dieser Suada an Invektiven: Friedrich Wilhelm IV., einem sehr gläubigen Mann, ging es darum, daß diese Kaiserkrone nicht seinem Verständnis von Gottesgnadentum und einem noch vermeintlich intaktem Fürstenbund entsprach; an den preußischen Gesandten in London schrieb er, man habe, »dem scheußlichen Bastard von Mensch und Teufelszeichen den ehrlichen Namen »Deutschland« gegeben“. Felix von Schwarzenberg, erster Minister unter Franz Joseph von Österreich, begütert u. a. auch in Böhmen, sah die Entscheidung Friedrich Wilhelms ähnlich: An den österreichischen Gesandten in Berlin schrieb er: Jener „mag die Frankfurter Krone annehmen und dann zusehen, wie er sie trage – um den Preis, den er dafür zahlt, hätten wir sie unseren Feinden nicht gewünscht“ (Freund, S. 628).

Am 3. April 1849 verkündete Friedrich Wilhelm IV. den Frankfurter Abgeordneten seine Entscheidung, deren Enttäuschung war maßlos, denn all ihr Hoffen war auf diese eine Person zugeschnitten: Zeitgenössisch formuliert klagte Heinrich von Gagern der „Germania“ sein Leid:

„»Wat heulst’n kleener Hampelmann?« – »Ick habe Ihr’n Kleenen ’ne Krone geschnitzt, nu will er se nich!«“ (Heinrich Lutz: Zwischen Habsburg und Preußen: Deutschland 1815 – 1866, 1994, S. 307).

Letztendlich scheiterte das Deutschland der Paulskirche weniger an der Flexibilität ihrer Abgeordneten, die ein nationales Deutschland erträumten, als an der Tatsache, daß beide deutsche Führungsmächte, Österreich und Preußen, auch nichtdeutsche Gebiete mit einschlossen: Das Gebilde des Deutschen Bundes, auf dem Wiener Kongreß aus der Taufe gehoben, hatte sich überlebt: Eine Einigung Deutschlands konnte nur gegen den gewaltigen Widerstand der anderen Großmächte vor allem *Frankreichs* durchgesetzt werden.

Joseph Maria Radowitz, der Berater Friedrich Wilhelms IV. erarbeitete ein konservativ-liberales Konzept zur kleindeutschen Einigung; diese ging in die Geschichte als *Unionspolitik* ein: Der deutsche Bundesstaat und Österreich sollten eine Union bilden, diese sollte nach außen einig und untrennbar auftreten; gegenüber dem ursprünglichen Konzept von Gagern, sollte dem Bundesoberhaupt – wieder sollte dies der preußische König sein – ein Vetorecht eingeräumt, die freien und allgemeinen Wahlen der Paulskirche sollten eingeschränkt werden. Beide Staatskörper sollten »durch freie Verträge, welche die möglichste Ausgleichung und Verknüpfung der beiderseitigen Interessen sicherstellen« verbunden werden. Schwarzenberg hingegen vertrat das Konzept eines mitteleuropäischen Siebzig-Millionen-Blocks, das auch die nichtdeutschen Teile Österreichs umfaßte (Lutz, S. 314).

War die Union eine preußische Handreichung an Österreich, so befürchtete Schwarzenberg durch die freien Verträge einen weitergehenden preußischen Einfluß auf seine nichtdeutschen Regionen; entsprechend wurde diese Union von Österreich postwendend abgelehnt.

Radowitz gelang es, Sachsen und Hannover für eine verkleinerte Union zu gewinnen; bis Ende 1849 traten die meisten deutschen Staaten dieser bei. Dieser Entwurf, auch eine Art Revolution ‚von oben‘ fand den Zuspruch der gemäßigten Liberalen, allerdings war bei diesen, auch „Gothaer“ genannt, Österreich gar *keiner* Erwähnung wert: Dieses war noch durch die Revolution handlungsunfähig. Vehementen Widerstand gegen eine solche Unionspolitik kam aus dem großdeutsch gesinnten Bayern, das sich hiermit auch zum Sprecher eines *dritten* Deutschlands, der deutschen Mittelmächte machte.

Der neugewählte Reichstag der Union trat im Frühjahr 1850 in Erfurt zusammen; die hierzu durchgeführten Wahlen wurden von den Linken, als Verrat der Ideale von 1848 boykottiert, entsprechend konservativ wurde die Erfurter Verfassung. Als diese auf dem im Mai nach Berlin einberufenen Fürstenkongreß der Union von *nur* 12 der 16 anwesenden Staaten angenommen wurde, war dies auch schon das Ende der *preußischen* Unionspolitik.

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

Die Weltwirtschaftskrise 1929 in den Donauländern

Teil 12: Schluß

Auch Deutschland kam in finanzielle Schwierigkeiten: Die Goldverluste der Reichsbank erreichten „Krisenquoten“, Hoover schlug ein Moratorium für alle internationalen Staatsschulden und Reparationszahlungen vor. Frankreich bestand auf den uneingeschränkten jährlichen Reparationszahlungen und verzögerte das Inkrafttreten des Moratoriums „um zwei verheerende Wochen“. Das Londoner Stillhalteabkommen – Juli 1931 – verschob dann nur den Druck von der Reichsmark auf das Pfund Sterling (Parker, in: Becker, S. 9.). England verließ daraufhin im September den Goldstandard.

Im Juni 1932 kam es endlich zur Lausanner Konferenz, auf der die Zukunft der Reparationszahlungen besprochen werden sollte; jene sollte eigentlich nur noch kaschieren, daß die Franzosen genötigt wurden, auf jene zu verzichten, ohne allerdings eines Ausgleichs ihrer amerikanischen Kriegsschulden. Die Konferenz brachte nur die allbekannten Tatsachen zutage: Deutschland bestand auf Gleichberechtigung, d. h. Wiederaufrüstung; Frankreich hingegen wollte mehr Sicherheit. Dieses französische Verlangen nach mehr Sicherheit kam einer Stärkung des Völkerbundes gleich; schon der Tardieu-Plan - Februar 1932 - sah „eine gewisse internationale Polizeitruppe“ vor, die spätere Version aus dem November beinhaltete bereits ein wirkliches Monopol über die Streitkräfte.

Deutschland zog sich, mit der Begründung, die Gleichberechtigung wäre nicht gewährleistet, bereits im Juli 1932 von der Konferenz zurück; Frankreich sagte die Gleichberechtigung im Dezember zu, woraufhin die Deutschen versprachen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren; Hitler sollte dies dann alles verzögern.

In Frankreich, wo man recht kurzfristig agierte, und auf einen schnellen Konjunkturaufschwung hoffte, hatte man zwei Jahre lang allen Ernstes geglaubt, die Weltwirtschaftskrise würde das Land nicht erreichen. Es war allenfalls eine Verzögerung der Krise: Frankreich war in die Weltwirtschaft *weniger* eingebunden, befand sich abseits des großen internationalen Handels- und Kapitalverkehrs, und die Landwirtschaft, durch hohe Zollmauern geschützt, war nicht *voll* der ausländischen Konkurrenz ausgeliefert; hinzu kam, daß die meisten Anbaukulturen in den überseeischen Kolonien die Wirtschaft des Mutterlandes ergänzten; lediglich die Weinbauern des Languedoc waren der Konkurrenz der algerischen Winzer ausgesetzt (Favier, S. 173f.).

Wie wir gesehen haben, wurden manche Länder (Frankreich) später von der Krise eingeholt, nicht zuletzt dank hoher Zollschraken, der unvollkommenen Einbindung in den internationalen Wirtschaftskreislauf und einem dicken Kapitalpolster, letztlich dank einer gewissen gesamtwirtschaftlichen Autarkie wegen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die tiefen Gräben, die der Erste Weltkrieg, aber auch der Versailler Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland hinterlassen hatte, verhinderten, daß sich die Donauländer – die in der habsburgischen Donaumonarchie einen in sich geschlossenen und funktionierenden Wirtschaftsraum bildeten – in der Wirtschaftskrise ab 1929 in einer wie auch immer gestalteten Wirtschaftsunion zusammenschließen konnten.

Entsprechend verzögerte sich die wirtschaftliche Erholung um kostbare Jahre.

Herbert Karl

In dieser und den nächsten Folge des „Kuriers“ bringen wir die Niederschrift des Vortrages von Prof. Alfred de Zayas aus dem November 2020 in Frankfurt a. M.
Die Red.

Alfred de Zayas

René Rilke als Heimatdichter: Von böhmischer Heimat bis Waliser Wahlheimat

Teil 1:

*Gott war guter Laune. Geizen
ist doch wohl nicht seine Art.
Und er lächelte: da ward
Böhmen, reich an tausend Reizen.*

*. . . Gab den Burschen all, den braven,
In die rauhe Faust die Kraft,
In das Herz – die Heimatlieder.*

Land und Volk heißt das Gedicht, Nummer 25 aus Rilkes zweitem Zyklus lyrischer Gedichte, denen der Dichter den Titel *Larenopfer* verlieh – um an die römischen Schutzgottheiten des Hauses *Lares und Penaten* zu erinnern.

Nach der inneren Musik, Stimmung, Bildhaftigkeit handelt es sich hier um eine geradezu klassische Heimatdichtung. Gewiss war der junge Rilke von seiner böhmischen Heimat berauscht, von ihrer Geschichte, Literatur, Musik, Kirchen, Brücken, Schlosser, Brunnen, Gärten, Parks – vom Hradschin und von der langsam fließenden Moldau, diesem mal enger mal breiter Ström *Vltava* bis seiner Mündung in die Elbe. Der junge René lernte sein Heimatland Böhmen gut kennen, das er in vielen Wanderungen durchstreifte, um dann seine lieblichen Wiesen und Felder, Blumen und Bäume, seine Düfte in den Himmel zu besingen.

Seine Gefühle hat er in einfacher Dichtung zum Ausdruck gebracht, schön gereimt und mit vielen Alliterationen. Gewiss handelt es sich hier um Jugendliteratur, um seine Gehversuche in der Poesie, zweifellos aber um die Schritte eines besonders begabten jungen Mannes von 19 Jahren voller Enthusiasmus, Beobachtungsgabe – und erfrischender Naivität. Einige Kritiker meinen freilich, diese Frühgedichte seien neurotisch-schwach, seien jugendstilfeiernde klimbimartige Kitsch.

Dennoch lohnt es sich, die *Larenopfer* (Rainer Maria Rilke, *Larenopfer*, zweisprachige kommentierte Ausgabe, übersetzt von Alfred de Zayas, zweite erweiterte Fassung mit einem Vorwort von Ralph Feedman, Red Hen Press, Los Angeles, 2008) – diese 90 Gedichte über Rilkes Geburts- und Vaterstadt Prag (Harald Salfellner, *Prag – Die Goldene Stadt*, Vitalis Verlag, Prag, 2008), und über sein geliebtes Heimatland Böhmen zu entdecken. Diese bisher vernachlässigte Sammlung dient als eine sanfte Einführung in das grosse Werk Rilkes. Zwar ist der metaphysische Dichter der *Duineser Elegien* hier wohl kaum zu erkennen, jedoch entdecken wir den Heimatdichter, der sein künstlerisches Leben mit diesen Liedern begann, um sein erstaunliches Schaffen mit mehr als 400 Gedichten in französischer Sprache über die schweizerische Landschaft des Wallis, seine Wahlheimat, zu beenden.

Geboren wurde Rilke um Mitternacht am 4. Dezember 1875 im Zentrum Prags – ein Siebenmonatskind – höchstwahrscheinlich im Haus seiner mütterlichen Grosseltern, den adligen Entzes, deren Palais auf der Herrengasse 8 stand (heute die Panska ulice). Seine schwangere Mutter Sophie war am jenem Tage zu ihren Eltern gegangen – den Weg zu Fuss von ihrer nahe gelegenen Wohnung auf der Heinrichstrasse, welche jetzt Jindrinska heißt. Da es stürmte und zu Schneewehen kam, ist es höchst unwahrscheinlich, dass sie den Rückweg nach Hause in jener Nacht wagte. Als Geburtsort ist jedoch wohl die Heinrichstrasse eingetragen.

Rilke wurde in der katholischen Heinrichkirche am 19. Dezember 1875 getauft – und zwar unter dem Namen René, Karl, Wilhelm, Johann, Josef, Maria (Ingeborg Schnack, *Rilke Chronik*, Insel Verlag 1996, S. 7), und eben nicht unter dem uns heute geläufigen Namen Rainer.

Damals war Prag die drittgrösste Stadt in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarns, eine Stadt, in der die Deutschen bzw. die Österreicher mit etwa einem Viertel der Bevölkerung die adlige und bürgerliche Oberschicht stellten. Die Stadt kann sich rühmen, auch die Heimat anderer grosser Schriftsteller deutscher Sprache – Franz Kafkas (1883-1924) Franz Werfels (1890-1945), Gustav Meyrink (1868-1932). und Egon Erwin Kisch ((1885-1945) beispielsweise – zu sein.

Böhmen war die Heimat des Reformators Jan Hus (1369-1415), des Komponisten Bedrich Smetana (1824-1884 – wir alle kennen seine Tondichtung *Die Moldau* aus der längeren musikalischen Betrachtung *Má Vlast*, meine Heimat! Böhmen war die Heimat des Komponisten Antonin Dvorak (1841-1904), der die grosse *Symphonie der Neuen Welt* und das gefühlsbeladene *Stabat Mater* komponierte.

(Fortsetzung S. 9)

(Fortsetzung von S. 8)

Was bedeutet nun Heimat? (Ulrich Fülleborn, *Heimat in Rilkes Dichtung*, in: Rüdiger Görner (ed.) *Heimat im Wort. Die Problematik eines Begriffs im 19. und 20. Jahrhundert*. Irina Frowen zu Ehren, München, Iudicum, 1992, S. 90-105). Dieser Begriff bedeutet Geborgenheit, er beinhaltet Seele, Kultur, Sprache, Geschichte, Erinnerung – also Identität. Zwar existiert der Begriff in anderen Sprachen, z.B. auf Französisch gibt es die *terre natale* oder den *foyer*, auf Spanisch wird der Begriff der Patrie – *patria* – aus dem Lateinischen *pater*, also Vaterland – gebraucht. Auf Englisch verwenden wir etwa das Wort *homeland*. Aber keine dieser Übersetzungen enthält alle die Nuancen des deutschen Begriffes (Alfred de Zayas, *Heimatrecht ist Menschenrecht*, Siehe Kapitel 1 “Begriffsbestimmung”, Universitas, München 2001). Wenn wir die tiefe Feinfühligkeit Rilkes kennen, wäre es ja kaum denkbar, wenn er sich zur Heimat nicht geäußert hätte.

Rilke liebte die Geheimnisse der magischen Kaiserstadt an der Moldau, so reich an Geschichte, Geschichten und Persönlichkeiten. Rilkes Wähnen wanderte in der Vergangenheit Böhmens, in den Tagen des Fenstersturzes, des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648), des grossen Feldmarschalls Wallenstein, die ihn so sehr imponierte.

Rilke schätzte seine Erinnerung an die Heinrichsgasse, deren „blauen Salon“ er sein Leben lang in sich trug:

Der Erinnerung ist das traute
Heim der Kindheit nicht entflohn,
wo ich Bilderbogen schaute
im blauseidenen Salon . . .

Allerdings stand er seiner Mutter Sophie nicht allzu nahe und auch seine Beziehung zum Vater Josef war eher formell, nicht herzlich. Seine Eltern haben sich bereits 1884 getrennt, als er kaum 9 Jahre alt war.

Der einsame Junge – er war der einzige Sohn der Familie, denn seine ältere Schwester war bereits verstorben, ehe Rene geboren wurde – wuchs ziemlich allein auf, immer träumerisch, in seiner eigenen Welt lebend. Bereits mit neun begann er mit dem Dichten – spielerisch alles ausprobierend – es war eben sein Spiel – sagen wir vielleicht, wie heutzutage die Jungen die Videokonsole bedienen.

Er veröffentlichte sein erstes Gedicht im Alter von 15 Jahren und seine erste Gedichtsammlung in 1894 unter dem Titel *Leben und Lieder*, im Alter von 18 Jahren also.

Während dieser erste Gedichtzyklus ziemlich unausgegoren war und Rilke selbst ihn später aus seinem Werk verbannen wollte, zeigen die *Larenopfer* bereits weitaus mehr Reife. Sie wurden im Prager Domenicus Verlag zu Weihnachten 1895 veröffentlicht. Er machte sie sich sozusagen zur Feier seines 20. Geburtstages zum Geschenk.

Das Wort Heimat kommt 7-mal in den *Larenopfern* vor. Ein anderer Begriff, geistig verwandt mit Heimat kommt sogar zehnmal vor – das Wort Volk. In der Tat ist der ganze Zyklus eine Hymne an seine Heimat und an die dort lebenden Menschen – keineswegs nur an jene seiner deutsch-österreichischen Mitbürger, sondern auch an die Tschechen, Slowaken, Juden und Zigeuner, die dort ihr Dasein entfalteteten.

Alle Anwesenden kennen sicherlich Rilkes zauberhaft schönes und doch einfaches Heimatgedicht *Volkswaise*:

Mich rührt so sehr
böhmischen Volkes Weise,
schleicht sie ins Herz sich leise,
macht sie es schwer.

Wenn ein Kind sacht
singt beim Kartoffeljäten,
klingt dir sein Lied im späten
Traum noch der Nacht.

(Fortsetzung S. 10)

(Fortsetzung von S. 9)

Magst du auch sein
weit über Land gefahren,
fällt es dir doch nach Jahren
stets wieder ein.

René war durch und durch Österreicher – dank seiner Ausbildung in der Piaristen Schule auf der Herrengasse 1, im Zentrum Prags, und in der Militärakademie in Österreich, durch die Kultur seiner Eltern und Grosseltern. Jedoch war René kein engstirniger Chauvinist. Ganz im Gegenteil – denn er achtete alle Menschen und schätzte ihre guten Eigenschaften – wie er sich tolerant und kosmopolitisch in seinem Gedicht *In Dubiis* offenbarte. In diesem Gedicht öffnet er sich allen Kulturen und verwirft den engen Nationalismus:

Es dringt kein Laut bis her zu mir
Von den Nationen wildem Streite,
Ich stehe ja auf keiner Seite:
Denn Recht ist weder dort noch hier . . .

Der erscheint mir als der Grösste
Der zu keiner Fahne schwört
Und, weil er vom Teil sich löste
Nun der ganzen Welt gehört . . .

Daraus erkennen wir den jungen Pazifisten. Aber er liebt doch schliesslich seine Heimat, und endet sein Gedicht wie folgt:

Ist sein Heim die Welt: es misst ihm
doch nicht klein der Heimat Hort;
denn das Vaterland, es ist ihm
dann sein Haus im Heimatsort.

In den *Larenopfer* feiert René die alten Häuser Prags, vor allem das Haus seiner Grosseltern, auch die Wohnung seiner Eltern auf der Heinrichgasse, und die Wohnung seiner Tante auf der Wassergasse, alle im Zentrum Prags gelegen, in der Nähe des Staromesta Namesti. Er beschreibt mit Nostalgie die engen Strassen der Kleinseite, der gemütlichen Mala Strana:

Alte Häuser, steilgegiebelt,
Hohe Türme voll Gebimmel,
In den engen Höfe liebelt
Nur ein winzig Stückchen Himmel.

Und auf jedem Treppenflocke
Müde lächelnd – Amoretten;
Hoch am Dache um barocke
Vasen rieseln Rosenketten.

Spinnewoben ist die Pforte
Dort. Verstohlen liest die Sonne
Die geheimnisvollen Worte
Unter einer Steinmadonne.

Er besingt die Fontänen Prags und bedauert die Modernität. So in seinem Gedicht *Brunnen*:

(Fortsetzung S. 11)

(Fortsetzung von S. 10)

Ganz verschollen ist die alte,
holde Brunnenpoesie,
da aus Tritons Muschelspalte
eine Klare Quelle lallte,
die den Gassen Sprache lieh.

Abends bei dem Röhrenkasten
sammelte sich Paar um Paar,
weil der Quelle lieblich glasten
Und ihr Laut der tiefgefassten
Neigung süßes Omen war.

Was war geschehen? Warum schweigt der Gott? Rilke übt nämlich Kritik an die Moderne. Tatsächlich ist es zu bedauern, dass wegen der modernen Wasserversorgung die Mädchen nicht mehr zum Brunnen zu gehen brauchten, um Wasser für den Haushalt zu holen. Es mag bequem sein, Wasser zu Hause aus dem Hahn zu kriegen, doch Rilke protestiert im Namen der Brunnenromantik, denn die Paare hatten deutlich weniger Gelegenheit, sich beim Brunnen zu treffen.

Rilke besingt die vielen Parkanlagen und beschreibt die Prager Blumenpracht:
So im Gedicht *Frühling*:

Die Vögel jubeln – lichtgeweckt –
Die blauen Weiten füllt der Schall aus,
im Kaiserpark das alte Ballhaus
ist ganz mit Blüten überdeckt.

Da naht ein Lüftchen, fegt im Tanz
hinweg das gelbe Blattgeranke
Und legt um seine Stirn, die blanke,
den blauenden Syringenkranz.

Rilke besingt auch die Theater Prags, wo zwei seiner frühen Theaterstücke uraufgeführt wurden, beide mit heimatlichen böhmischen Themen: *Jetzt und in der Stunde unseres Absterbens*, und *Im Frühfrost* – von einer Berliner Truppe am Deutschen Volkstheater gespielt, sogar mit Max Reinhardt.

Wie andere Beobachter bereits festgestellt haben, schaffte René mit seinen *Larenopfer* eine Art literarisches *Vade mecum* für Prag, und so begleitet er den Besucher Prags mit Poesie zu den Sehenswürdigkeiten. Er beschreibt die Moldau und ihre vielen Brücken, geschmückt mit Statuen von Heiligen – die Jungfrau Maria, Wenzel, Neppomuk – den Hradschin auf dem Laurenziberg, so viele Kirchen und Kloster und sogar Friedhöfe – den Wohlschan, die Malvasinka, den jüdischen Friedhof mit dem Grab von Rabbi Löw. René interessierte sich intensiv für die Geschichte Böhmens, vor allem für die Zeit des Habsburger Kaisers Rudolf II (1552-1612), für den Fenstersturz aus dem Hardschin, mit dem der 30-Jähriger Krieg (1618-1648) begann.

Im Gedicht *Im Dome* malt er für uns die reiche Veitskathedrale aus, mit dem subtilen Spiel des Lichtes von bunten Fenstern, Kerzen, und Lampen. Diese grossartige Kathedrale bietet ihm Gelegenheit, Kontraste aufzuzeichnen und dabei eine Sozialkritik zum Ausdruck zu bringen:

Und im Eck, wo Goldgeglaste
Niederhangt in staubgen Klumpen,
Steht in Schmutz gehüllt und Lumpen
Still ein Kind der Bettlerkaste.

Von dem ganzen Glanze floss ihm
In die Brust kein Fünkchen Segen . . .
Zitternd, matt, streckts mir entgegen
Seine Hand mit leisem: 'Prosim!'

(Fortsetzung folgt)



Stephan Protschka (MdB): Kranzniederlegung AfD-Landesverband Niedersachsen in Torgau am 13. April 2021

Gestern hatte ich die Gelegenheit mit Gudrun Petzold und ihrem Kreisverband in Torgau einen Kranz für unsere Heimatvertriebenen niederzulegen. Wollen wir immer ihrer gedenken und nie vergessen, durch welches Leid sie gegangen sind.

**Lenau, Nikolaus (1802-1850):
An meine Rose**

Frohlocke, schöne junge Rose,
Dein Bild wird nicht verschwinden,
Wenn auch die Glut, die dauerlose,
Verweht in Abendwinden.

So süßer Duft, so helle Flamme
Kann nicht für irdisch gelten;
Du prangst am stolzen Rosenstamme,
Verpflanzt aus andern Welten;

O weilten wir in jenen Lüften,
Wo keine Schranke wehrte,
Daß ich mit deinen Zauberdüften
Die Ewigkeiten nährte! –

Doch hat, du holde Wunderblume,
Mein Herz voll süßen Bebens
Dich mir gemalt zum Eigentume
Ins Tiefste meines Lebens

HOH(L)SPIEGEL:

Slowenien übernimmt ab 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft:

„Die BRD Botschafters Residenz in Laibach ist in ‚Vidmars Haus‘, wo durch die Kommunistische Mythologie am 27. April 1941 die ‚Befreiungsfront Sloweniens‘ gegründet wurde“

U. P.

Bildnachweis:

Alle Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Hat das „Haus der Donauschwaben“ in Sindelfingen noch eine Zukunft?

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht, daß es im Zusammenhang mit der unumgänglichen Sanierung des Haus der Donauschwaben erhebliche Schwierigkeiten gibt.

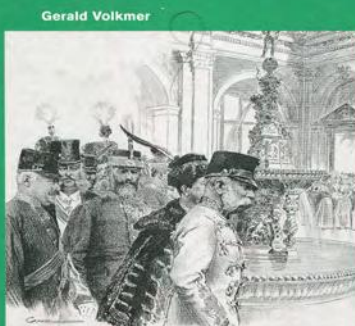
In seinem Beitrag verweist der Chefredakteur Oswald Hartmann vom „Das Donautal-Magazin“, Jahrgang 45 – Nummer 218 vom 1. Juli 2021, Seite 12f., auf die dadurch entfachte politische Auseinandersetzung über die Teilkostenübernahme durch die Stadt Sindelfingen: In dieser unsäglich ausartenden Debatte soll sich – laut „Sindelfinger Zeitung“ vom 10. Mai 2021, S.11 – insbesondere der Stadtrat Andreas Knapp von der FDP hervortun.

Offensichtlich geht es dieser Partei – im VAdM-Kurier im Dezember 2020 berichteten wir über den auch von einem FDP-Mitglied entfachten Streit um die Umbenennung der Adam-Müller-Guttenbrunn-Straße in Winnenden – allein um die Diffamierung von Vertriebenen und Aussiedlern aus dem Osten und Südosten Europas, und das ohne Rücksicht auf Verluste . . .

Im nächsten Kurier kommen wir auf diese Problematik zurück.

Herbert Karl

Buchempfehlung

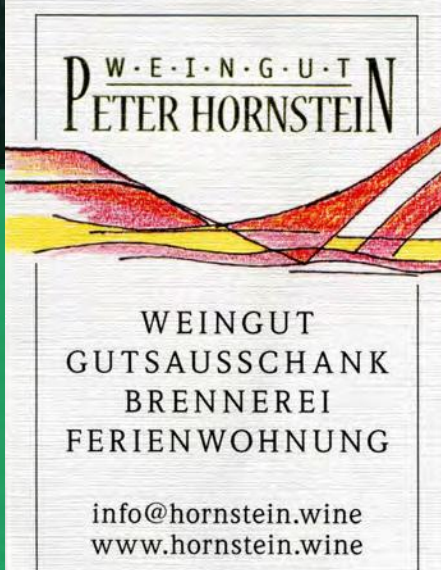


Die Siebenbürgische Frage (1878-1900)

Studia Transylvania

bohlan

Weinempfehlung



Sonnenbichlstr. 5 · D-88149 Nonnenhorn
Telefon +49 83 82-88 75 70 · Fax 88 75 58

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de